

Ist der Klimawandel eine Sicherheitsfrage für die Türkei?

Die Regierungsvertreter auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, darunter auch Außenminister Davutoglu, ex-US Außenminister Henry Kissinger, NATO Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und der russische Außenminister Sergej Lavrov, haben sich am vergangenen Wochenende mit den drängendsten Sicherheitsfragen der internationalen Politik, darunter der Zukunft der Ukraine, dem arabischen Frühling, Iran und Syrien beschäftigt.

Es war deshalb ein eher unerwartetes Statement, das der Deutsche Außenminister Steinmeier zur Deutschen Außenpolitik auf einem Panel abgab: er erklärte die Bekämpfung des Klimawandels nicht nur als wichtigen Aspekt deutscher Umwelt- und Wirtschaftspolitik, sondern auch der deutschen Außenpolitik. Vertreter anderer Staaten, wie der Präsident des World Energy Forums, Narendra Taneja aus Indien und Ann-Marie Slaughter, Präsidentin der New America Foundation, fühlten sich angesichts dieser Deutschen Prioritätensetzung „wie auf einem anderen Stern“.

Abgesehen von den im Zuge des Klimawandels vom Verschwinden und Untergang bedrohten kleinen Inselstaaten rund um den Globus ist von kaum einem anderen Land ein solcher Aktionismus in dieser drastischen und entschlossenen Form zu erwarten. Deutschland ist ein Vorreiter. Im Zuge seiner „Energiewende“ zur Bekämpfung des Klimawandels sind Atomausstieg und dramatischer Ausbau der erneuerbaren Energien nicht bloß leere Worte, sondern Programm. Zur Sicherheitskonferenz passt der Klimawandel auch deshalb, weil ihn Staaten wie Deutschland und die USA seit einigen Jahren auf ihre nationale und auch auf die internationale Sicherheitsagenda gesetzt haben.

In der Türkei gibt es andere Sicherheitsprobleme und Prioritäten. Trotz der Einschätzung und Prognosen von Experten und dem IPCC, dass die Türkei in absehbarer Zukunft zum Schauplatz von Wasserkriegen, Dürrekatastrophen und anderen Klimafolgen werden könnte. Die Initiativen mit Blick auf die Bekämpfung des Klimawandels in der Türkei sind sehr gering und wohl eher eine Folge des Drucks durch das Internationale Klimaregime als eine Folge nationaler Politik und Überzeugung. Das Thema ist schlicht nicht populär. Es lassen sich damit, im Gegensatz zu Deutschland als Extrembeispiel, keine Wahlen gewinnen.

Der Klimawandel ist kein in den Köpfen verankertes Problem, zumindest nicht in der Form, als das es zu Aktionismus führen würde. Der Klimawandel wird nicht als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen und existiert auch nicht als gesellschaftlicher Diskurs. Er führt ein Schattendasein am Rande der Gesellschaft, trotz der erwarteten drastischen Konsequenzen. Zu groß sind vielleicht Bedrohungen durch andere Phänomene wie Erdbeben, der Krieg in der Nachbarschaft, Terrorismus oder kulturelle Divergenzen und zu fern sind jetzt noch die Wasserknappheit, Migrationsströme und Nahrungsmittelknappheit, die vielleicht einmal als Folge des Klimawandels eintreten könnten.

Vielleicht ist es auch der Glaube an den menschlichen Erfindergeist oder die technische Entwicklung, die Gesellschaft und Entscheidungsträger davon abhält, mehr zu tun - nachhaltig zu leben und zu wachsen. Oder haben wir einfach schlicht übersehen, dass all die Entwicklung und der Fortschritt, den wir uns für uns und unsere Kinder wünschen und vorantreiben, sich vielleicht selbst überflüssig macht, wenn sich am Ende die Natur an unserer Rücksichtslosigkeit rächt?

Mit ihrem Wirtschaftswachstum war die Türkei in den letzten Jahren ganz vorne mit dabei und ist nun die siebzehnt-grösste Volkswirtschaft. Bei all der Euphorie, die wir in den letzten Jahren mit dem Wachstum im Zuge der immer stärkeren Annäherung an eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verspürt haben, ist für bedächtige Schritte und Gedanken über Nachhaltigkeit wenig oder gar kein Platz.

Während Energiewende in Deutschland den Ausstieg aus der Atomenergie bedeutet, bedeutet „Energiewende“ für die Türkei den Einstieg in die Atomenergie sowie die „Diversifizierung“ der Energieversorgung, was de facto vor allem die Investition in die Erschließung neuer und heimischer fossiler Quellen und Versorgungswege bedeutet. Nachhaltige Lösungen sehen anders aus. Trotz des immensen Potentials für Erneuerbare Energien geniessen Kohlekraft und andere fossile Energieträger mehr Popularität und Unterstützung von Seiten der Regierung. Vielleicht trifft am Ende eben doch das alte Sprichwort zu „Wer nicht hören will muss fühlen“.